2. Konsens und Konflikt: Politik braucht Auseinandersetzung. Zehn Impulse der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD zu aktuellen Herausforderungen der Demokratie in Deutschland (2017)

Von Alf Christophersen

1. Entstehungsgeschichte

Am 21. August 2017 wurde in der Berliner Französischen Friedrichstadtkirche in Kooperation mit der Evangelischen Akademie zu Berlin das von der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD unter Vorsitz von Prof. Dr. Reiner Anselm, München, erarbeitete Impulspapier »Konsens und Konflikt« vorgestellt.[1] Im Vorwort zur Dokumentation dieser Veranstaltung betont Roger Mielke als Referent für Öffentliche Verantwortung im Kirchenamt der EKD und Geschäftsführer der Kammer, dass das Impulspapier auf eine Bitte des Rates der EKD vom Dezember 2016 hin in Angriff genommen wurde: »Populismus verstehen« – so lautete die Vorgabe.

> Möglichst auf wenigen Seiten sollte die Kammer dem Rat [...] Empfehlungen zum Umgang mit populistischen Politikmustern, mit ihren Akteuren und Themen vorlegen.

Es entstand dann aber eine »grundsätzliche Besinnung auf Funktionsbedingungen, auf Stand und Weg der Demokratie in Deutschland«[2].

Im Bericht des Rates der EKD der Synode vom November 2017 hieß es dann entsprechend:

> Unter dem Eindruck des Aufkommens populistischer Strömungen und der sich daraus ergebenden Veränderungen der politischen Landkarte hatte der Rat der EKD die Kammer für Öffentliche Verantwortung gebeten, eine Stellungnahme zur Frage des Populismus zu erarbeiten. Die Frage zu Stand und Weg der Demokratie in Deutschland ist ebenfalls Gegenstand eines ökumenischen Arbeitsprozesses der Kammer für Öffentliche Verantwortung und der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz. Dieser Prozess fand seinen Auftakt in einer unter großem öffentlichen

1. Konsens und Konflikt: Politik braucht Auseinandersetzung. Zehn Impulse der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD zu aktuellen Herausforderungen der Demokratie in Deutschland, Französische Friedrichstadtkirche, Berlin, 21. November 2017 (epd Dokumentation 2017, Nr. 44). Das Impulspapier ist ebda., 24–34, abgedruckt und selbstständig erschienen als: Konsens und Konflikt: Politik braucht Auseinandersetzung. Zehn Impulse der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD zu aktuellen Herausforderungen der Demokratie in Deutschland, hg. von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Hannover 2017 (auch unter: www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/20170814_konsens_ und_konflikt.pdf).
2. Ebda., 2.

Interesse am 22. März 2017 in Berlin durchgeführten Veranstaltung unter der Überschrift ›Zwischen Polarisierung und Konsens‹. Die Impulse dieser Veranstaltung, besonders bemerkenswert sicher der Beitrag des (damaligen) Bundestagspräsidenten Norbert Lammert, ermutigten die Kirchen, politische Polarisierung nicht nur zu beklagen, sondern, unter Wahrung der rechtsstaatlichen Prinzipien, die politische Kontroverse zu suchen und zu fördern. Das am 21. August 2017 ebenfalls in Berlin präsentierte Impulspapier [...] führte diese Linie der Urteilsbildung weiter [...].[3]

Über die Arbeit der Kammer für öffentliche Verantwortung wird zudem unter der Rubrik »Schwerpunkte, Arbeitsergebnisse des letzten Jahres« mitgeteilt:

Das Jahr 2016 war geprägt durch die Neuberufung der Kammer und die damit zusammenhängende Phase der Orientierung. Die Kammer diskutierte die Anlage eines Grundlagentextes zum »Öffentlichen Protestantismus«. Im Kontext dieses Projektes wurde ein Impulspapier erstellt.[4]

Die Präsentation des Impulspapiers stand im Zeichen der bevorstehenden Bundestagswahl vom 24. September 2017. OKR Mielke unterstrich, dass die Kammer »eine Analyse« anbiete, »die helfen soll, die Zeichen der Zeit zu lesen«. Es gehe darum

die innerkirchliche Auseinandersetzung zu öffnen, um heterogene Sichtweisen auf die entscheidenden Fragen politischer Gestaltung in den Dialog zu bringen.

Das Papier »regt auch eine politische Auseinandersetzung um die notwendigen Grenzziehungen des Raumes demokratischer Auseinandersetzung an. Schließlich will es einen Beitrag der Kirchen zu den Aushandlungsprozessen und der Selbstverständigung der freiheitlichen Demokratie leisten.«[5]

---

3. Bericht des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Teil B (schriftlich), 4. Tagung der 12. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, 12. bis 15. November 2017 in Bonn, EKD. Geschäftsstelle der Synode: Drucksache, II/Teil B, Abschnitt 3.3.2, 32. Zur im Bericht erwähnten Veranstaltung »Zwischen Polarisierung und Konsens« s. www.eaberlin.de/seminars/data/2017/pol/zwischen-polarisierung-und-konsens/?cy=2017&cm=3.

4. Bericht des Rates der EKD (wie Anm. 3), Abschnitt 6.1.4, 58f. – Vgl. auch Anselm, Reiner: Wie weit kann sich der säkulare Staat auf religiöse Normen einlassen – oder: von der eingespielten Enthaltsamkeit zur Rahmensetzung für plurale Konzepte des guten Lebens, in: ZEE 61 (2017), 133–140, 139f. Anselm akzentuiert das Anforderungsprofil eines »öffentlichen Protestantismus«: Dieser müsse »gleichberechtigt neben der individuellen und der kirchlichen Dimension des evangelischen Glaubens zu stehen kommen [...]. Er zielt auf die Voraussetzungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts und die Hintergrundüberzeugungen, die für ein liberales Gemeinwesen unabdingbar sind. Er schafft die Grundlage dafür, dass über die Frage, wie wir in Zukunft leben wollen, eine gemeinsame Debatte geführt werden kann«.

5. Konsens und Konflikt (epd Dokumentation) (wie Anm. 1), 2.

2. Die Kernaussagen des Impulspapiers[6]

Vorwort

In seinem Vorwort geht Heinrich Bedford-Strohm, Landesbischof und Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, darauf ein, dass Gesellschaften sich in einem steten Wandel befinden. Dies bewirkt auch eine »Veränderung der Demokratie«. Obgleich durchaus Konflikte vorhanden waren, lasse sich die bundesrepublikanische Nachkriegsgesellschaft als »stark konsensorientiert« erfassen. Es existierte »eine breite Mitte […], auf die hin man Konflikte moderieren konnte« (6). Von dieser Beschreibung aus nimmt Bedford-Strohm Bezug auf die EKD-Denkschrift von 1985 »Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie«[7]: »Sie sah ihre Rolle vornehmlich darin, die von ihr vertretenen Werte und das Orientierungswissen der christlichen Tradition in die Konsensfindung einzubringen.« Wie ein Ländervergleich zeigt, ist auch die gegenwärtige Lage innerhalb der Bundesrepublik »nach wir vor in hohem Maße konsensorientiert und stabil« (6). Jedoch konstatiert der Ratsvorsitzende eine Zunahme von Populismus, eine Debattenbeschleunigung durch digitale Medien und eine sich in diesen ausdrückende »Brutalisierung des Tons«. Auszugehen ist davon, dass es Konflikte gibt, die nicht wieder verschwinden. »Umso mehr stellt sich für alle gesellschaftlichen Kräfte die Aufgabe, am Zusammenhalt der Gesellschaft mitzuwirken.« (6) Im Impulspapier wird diese Situation erfasst. Es setzt sich mit dem Begriff »Populismus« auseinander und kommt zur Frage, »wie die evangelische Kirche sich unter diesen Bedingungen mit ihren Überzeugungen, ihren Werten und ihrem Glauben in die politische Debatte einbringen kann« (6f.). Bedford-Strohm spricht sich dafür aus, die Demokratiedenkschrift von 1985 aufzugreifen, zugleich aber auch neu entstandene Problemstellungen aufzunehmen. Die Frage, mit wem eigentlich zu reden und wann ein Gespräch abzubrechen ist, hat an Bedeutung gewonnen. Vom Evangelium selbst geht ein »starke[r] Freiheitsimpuls« aus, »für einen breiten, möglichst offenen Diskursraum« (7). Mit dem Papier wird nun eine breite Zielgruppe fokussiert, die aus vielfältigen gesellschaftlichen Akteuren besteht, die sich für eine »Stabilität der Demokratie« und eine »Fortentwicklung unserer offenen Gesellschaft« (7) einsetzen. Der Ton des von der Kammer Vorgelegten ist nicht derjenige einer Verlautbarung, sondern wurde diskursiv ausgerichtet.

Impuls 1: »Christliche Freiheit und Demokratie als Lebensform«

Den Einstieg bilden ein Bezug auf das 500. Reformationsjubiläum im Jahr 2017, Luthers Gedanke der »Freiheit eines Christenmenschen« und der Verweis darauf, dass es ein langer Prozess war, der schließlich »zu einer positiven Würdigung der Demokratie« durch die evangelischen Kirchen führte. »Sie interpretieren heute die freiheitliche Grundordnung des Grundgesetzes als eine Entsprechung zu der

6. Im Folgenden werden in diesem Abschnitt II. die Seitenangaben, die sich auf das Impulspapier (wie Anm. 1) beziehen, direkt in Klammern im Haupttext angeführt.

7. Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie. Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe. Eine Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland, hg. vom Kirchenamt im Auftrag des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gütersloh [4]1990.

Freiheit, die das Evangelium von Jesus Christus ermöglicht und verbürgt.« (8) Freiheit ist doppelt ausgerichtet: zum einen auf die eigenen Lebenschancen, die es zu verwirklichen gilt, und zum anderen auf »Verantwortung gegenüber dem Nächsten«. Betont wird das »christliche Menschenbild« (8), dem die gegenwärtige rechtsstaatliche Demokratie entspricht – auch mit Blick auf die Begrenztheit des Menschen und seine Fehleranfälligkeit. Die Erscheinungsformen gegenwärtiger Demokratie werden ihn ihrer »Veränderungsdynamik« problematisiert: Die bundesrepublikanische Gesellschaft »ist nicht nur pluraler und individueller geworden, sondern auch fragmentierter und stärker von Konflikten geprägt« (8). Wenn Habermas im Rückblick auf das Jahr 1968 von einer »Fundamentalliberalisierung«[8] sprach, bewahrheitete sich diese Einschätzung nicht. Vielmehr ist eine Zunahme des Konfliktpotenzials auszumachen – auch auf internationaler Ebene. Anders als es noch 1985 der Fall war, muss inzwischen davon ausgegangen werden, dass »mit bleibenden Konflikten« zu rechnen ist. Die Demokratie »steht vor der Herausforderung, erheblich vielfältigeren Lebensformen gerecht zu werden und gleichzeitig den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Blick zu behalten. Zu dieser veränderten Demokratie müssen sich die evangelischen Kirchen verhalten und sich deren weiterentwickelte Strukturen und Prozesse neu aneignen. Dazu gehört insbesondere die Einsicht, dass der Konflikt nicht per se bereits eine Krise, sondern eher den Normalfall der Demokratie darstellt. Daher ist es auch kein realistisches Ziel, jeglichen Konflikt in Konsens zu überführen.« Entscheidend wird es sein, »Strukturen und Mentalitäten zu schaffen, die dabei helfen, mit Konflikten und Dissonanzen so umzugehen, dass deren destruktives Potenzial eingehegt wird« (9). Das Impulspapier dokumentiert ein Ringen um »politische Kultur«, die von wechselseitiger Achtung und Anerkennung der Bürgerinnen und Bürger »als Freie und Gleiche« (10) lebt. Es richtet sich aus auf Praxis und Weiterentwicklung demokratischer Strukturen. Die Kirchen kommen dabei in zweifacher Weise ins Spiel, geht es doch einerseits um die Herausforderungen, denen sie sich stellen müssen, und andererseits um den Beitrag, den sie für eine funktionierende Demokratie leisten können:

> Denn Christinnen und Christen würdigen und schätzen die Demokratie als den politischen Raum, in dem sie – wie die Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften auch – ihren Glauben in Freiheit ausüben und das gemeinsame Leben aus ihrem Glauben heraus mitgestalten können (10).

Impuls 2: »Konflikt als Normalfall«

Demokratie zeichnet sich durch Vielfalt und Meinungsstreit aus – und dies unter Gewaltverzicht, ob physisch oder psychisch. Die Verfasserinnen und Verfasser des Papiers konstatieren: »Demokratische Verfahren öffnen einen Raum, in dem dieser Streit ausgetragen werden kann und über Aushandlungsprozesse und Kompromisse zu Entscheidungen führt. Die rechtsstaatliche Ordnung bildet die Regeln für die demokratische Urteilsbildung. Sie ist ein Schutzraum der Freiheit, die es gegen jene zu verteidigen gilt, die sie auszuhebeln versuchen. Derzeit ist es hier von besonderer

8. Habermas, Jürgen: Der Marsch durch die Institutionen hat auch die CDU erreicht. Gespräch mit Rainer Erd, in: Frankfurter Rundschau, 11. März 1988, 11. – Das Impulspapier verfügt über kein Literaturverzeichnis, auf Sekundärliteratur wurde verzichtet. Der Habermas-Beleg wurde im vorliegenden Beitrag entsprechend ergänzt.

Bedeutung, denjenigen entgegenzutreten, die unter Berufung auf einen angeblich unmittelbar erfassbaren Volkswillen den Rechtsstaat infrage stellen.« Die »demokratische Streitkultur« (11) hat sich in einer Vielfalt von Themen zu bewähren: von sozialer Gerechtigkeit, über Zuwanderung bis hin zur Globalisierung.

Impuls 3: »Demokratische Streitkultur«
Maßgeblich ist, dass demokratische Streitkultur zu Entscheidungen führt, die dann auch anerkannt werden. Hinter dieser Einsicht steht ein »höchst anspruchsvolle[s] Leitbild«, das darauf gerichtet ist, eine »Aushöhlung des demokratischen Raumes« zu verhindern, wie im Verweis auf die Gefahr von »Echokammern« oder »separierten Wirklichkeiten« in sozialen Netzwerken betont wird.

So sehr es gilt, die Chancen zur Partizipation zu nutzen, die eine internetbasierte Kommunikation bieten kann, so sehr ist darauf zu achten, dass die Nutzung der sozialen Medien nicht umschlägt in eine neue Privatisierung von Diskursen (12).

Damit dies nicht geschieht, sind politische Öffentlichkeit und Kultur unabdingbar.

Impuls 4: »Wandel gestalten – Vertrauen erhalten«
Der enorme gesellschaftliche Wandel und die Umbrüche der letzten Jahrzehnte führten nicht nur zu neuen Möglichkeiten und Produktivität, sondern etwa auch zu einem von »Distanz oder Gleichgültigkeit« geprägten Traditionsverlust. Bei vielfachen Überschneidungen entstehen neue Formen »gesellschaftliche[r] Bruchlinien«: die einen nehmen den »Wandel als Chance« wahr, die anderen haben Angst, »zu den Verlierern des Wandels zu gehören« (14). Eine große Rolle spielt der Innovationsdruck, der wiederum mit dem jeweiligen Bildungsgrad und – in Abhängigkeit von sozialen Verhältnissen – mit einem unterschiedlichen Grad an Partizipationsmöglichkeiten verbunden ist. Subjektive und objektive Faktoren greifen ineinander. Konstatiert werden auch »die Schattenseiten freiheitlicher Lebensweisen«:

Bei denen, die die Chancen der Freiheit nicht zu nutzen vermögen oder nicht nutzen möchten, verdichten sich leicht wirtschaftliche Abstiegsängste und der Eindruck, Beheimatung zu verlieren. Das führt zu einer Mentalität der Abgrenzung gegen das Fremde und »die Fremden«.

In den Fokus nach Ursachen und Verantwortlichkeiten suchender Kritik geraten rasch Formen »der etablierten Politik« (15): »Bei allen Zwängen der globalisierten Ökonomie und der daraus sich ergebenden weiteren Dynamisierung sind für eine demokratische Politik deshalb drei Dinge zentral: den Wandel zu gestalten, auf die Bedingungen sozialen Ausgleichs und Zusammenhalts zu achten sowie Räume des Vertrauten und des Vertrauens zu erhalten.« (16)

Impuls 5: »Wer ist zugehörig?«
Thematisiert werden die Bewegungen von Flucht und Migration, die, wenn es um die Frage nach »Zugehörigkeiten« geht, auf demokratische Prozesse verwiesen sind. Menschrechte und staatsbürgerliche Rechte sind mit den Dimensionen »europäischer Verantwortung« in Zusammenhang zu bringen, wobei gleichzeitig die

»vertrauten Räume des Nationalstaats«, aber auch Begriffe wie »kulturelle Identität« und »Abstammung« (17) problematisiert werden. Besonders gefragt sind »die Möglichkeiten zivilgesellschaftlicher Partizipation«, die von einer besonderen Situation bestimmt sind, in der sie sich bewähren müssen:

Die deutliche Spannung zwischen der Supranationalisierung und der Demokratie bietet den Nährboden für politische Positionen, die einem Isolationismus im Namen der Demokratie das Wort reden (18).

In den gesellschaftlichen Debatten

bedarf es jedoch des Mutes, gerade auch die kontroversen und schwierigen Themen als Aufgabe der demokratischen Urteilsbildung und des politischen Handelns zu begreifen und sie nicht etwa der Kraft der herrschenden Verhältnisse oder der Märkte zu überlassen (19).

Impuls 6: »Demokratie geht alle an«
Entgegengetreten wird im 6. Impuls einem »Misstrauen gegenüber der Demokratie«. Politik darf nicht »als ein Geschäft von Eliten« diskreditiert werden. Begrüßt wird eine seit geraumer Zeit erkennbare »Profilierung politischer Positionen« und eine »Repolitisierung« (20) der Debattenlage. Die Notwendigkeit politische Bildung wird dabei als besonders relevant hervorgehoben.

Impuls 7: »Repräsentation stärken«
Wie kann einem Verzicht auf Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen und einem Rückzug aus zivilgesellschaftlichem Engagement begegnet werden – lautet die hier gestellte Frage. Erneut kommt es zu einer Aufnahme des Elitebegriffs, können doch an der »Bruchlinie zwischen den ›Eliten‹ und dem angeblich nicht mehr repräsentierten ›Volk‹ [...] politische Programme ansetzen, die einfache und klare Identitäten anbieten und die politische Arena mit dem Anspruch betreten, den nicht mehr gehörten Gruppen eine politische Stimme anzubieten« (22). Neue politische Gruppierungen sind daraufhin zu befragen, ob sie den gesamtgesellschaftlichen Diskurs produktiv aktivieren, ob sie »die ›Repräsentationslücke‹ wirklich schließen oder ob sie das nur behaupten und selbst die Klientelpolitik betreiben, die sie zu überwinden vorgeben« (23).

Impuls 8: »Hörbereite Politik«
Populistische Politik kann »die etablierten politischen Kräfte« dazu nötigen, »ihre eigenen Positionen neu zu schärfen und ›responsiver‹ zu gestalten« (24), wodurch demokratische Prozesse durchaus gestärkt werden. Als eine Grundvoraussetzung wird eine verständliche Sprache benannt, die auch vor »Emotionen als Quellen und Mittel des Politischen« (25) nicht zurückschrecken darf.

Impuls 9: »Grenzen der Auseinandersetzung«
Bei aller Gesprächsbereitschaft ist auch eindeutiger Widerspruch notwendig:

Mit denen, die das demokratische System in seinem Kern angreifen möchten, gilt es nicht, den Dialog zu suchen, sondern ihnen ist entgegenzutreten (26).

Impuls 10: »Die Kirchen als Orte demokratischer Beteiligung«
Die Kirchen haben, wenn sie sich für die »politische Kultur« einsetzen, die Aufgabe, »im Anerkennen und Aneignen der Demokratie deren enge Verbindung mit den Werten des Christentums selbstbewusste zu vertreten«, ohne dabei »die Freiheit anderer Religionen, Weltanschauungen und Überzeugungen« zu verneinen. Sie müssen sich als einen »Spiegel der pluralistischen Gesellschaft« (27) verstehen und dabei die durchaus auch in ihnen vorhandene Unsicherheit gesellschaftlichen Wandlungsprozessen gegenüber berücksichtigen:

Den klaren Positionierungen der kirchenleitenden Personen und Gremien, dem außerordentlichen Engagement vieler Gemeinden, der Diakonie und der Werke und Verbände für die Aufnahme geflüchteter Menschen steht bei einem beachtlichen Teil der Kirchenmitglieder Skepsis hinsichtlich der wachsenden Vielfalt und des sozialen Wandels gegenüber. Unbeschadet des klaren und richtigen Eintretens für die Rechte von Minderheiten und Geflüchteten müssen wir wahrnehmen, dass die Sorge angesichts des Wandels und der Herausforderungen, die eine pluraler werdende Gesellschaft und gerade auch die technologisch-ökonomischen Veränderungen mit sich bringen, bis in die Leitungsebenen der evangelischen Kirchen hineinreicht (27).

Theologisch begründet werden diese Einsichten vor allem durch Verweise auf die in Christus geschehene Versöhnung und die »unverlierbare Würde« jedes Menschen.

Das Evangelium ruft Menschen auf den Weg des Glaubens, des Friedens und der Versöhnung. Dieser Grund der Kirche soll auch ihre tatsächliche Gestalt und ihre Praxis prägen. Die Kirchen selbst sollen Orte sein, an denen Menschen diese Anerkennung und diesen Frieden erfahren und dann selbst dafür eintreten (27).

Die so formulierte Evangeliumsbotschaft wird als »eminent politisch« (28) eingestuft. Die Kirchen sollen sich vor diesem Hintergrund als »Foren« verstehen, die es ermöglichen, nicht nur Konflikte auszutragen. Sie müssen sich auch mit Ängsten auseinandersetzen und Dialoge führen. So werden die Kirchen zu »Orte[n] demokratischer Beteiligung« (28). Selbstkritisch müssen sie sich aber auch stets fragen,

ob nicht manche in politischen Diskursen vertretene moralische Überzeugung als eine Stigmatisierung anderer Positionen verstanden werden kann und damit den Abbruch der demokratischen Auseinandersetzung mit sich bringt, anstatt die Demokratie zu stärken – und zwar innerhalb der Kirchen ebenso wie innerhalb der Gesellschaft.

Unbedingt zu wahren sind die Grenzen, die zwischen Recht und Moral bestehen; denn: »Hinter dem Recht müssen sich auch die versammeln können, die nicht dieselben Überzeugungen teilen.« (28) Kirchen können somit als »Orte der Suche nach Kompromissen« in Erscheinung treten. Unter der Annahme, dass sich nicht alle gesellschaftlichen Konflikte auch lösen lassen, muss es gelingen, sie auszuhalten. Besondere Aufmerksamkeit ist auf die die Felder »Asyl und Migration« zu richten. Gezielt ermutigt und aufgefordert werden im Impulspapier »auch diejenigen, die geflüchtet und neu in unserem Land angekommen sind, [...] sich aktiv am demokratischen Wettstreit und politischen Prozess zu beteiligen« (29).

3. Die Präsentation des Impulspapiers am 21. August 2017 in Berlin[9]

Zum Programm der Berliner Veranstaltung zur Vorstellung des Impulspapiers gehörten, neben einer Begrüßung des Akademiedirektors Rüdiger Sachau, zunächst zwei kurze Vorträge (Reiner Anselm, München, und Rebekka A. Klein, Bochum). Es schloss sich eine Podiumsdiskussion an (Anselm, Klein, Hans Joas, Berlin, und Andreas Busch, Göttingen; Moderation: Paul Nolte, Berlin). Markus Dröge, Bischof der EKBO und Mitglied des Rates der EKD kommentierte abschließend die Debatte. In der bereits im ersten Abschnitt (I.) angeführten epd-Dokumentation sind die einzelnen Beiträge, einschließlich einleitender Statements von Joas und Busch, wiedergegeben. Hinzu kommen eine Zusammenfassung der Diskussion durch R. Mielke, das Impulspapier selbst sowie vier Beiträge aus der epd-Berichterstattung.[10]

Bündig konstatiert Rüdiger Sachau einführend:

> Viele Jahre war das freiheitsverheißende Modell anziehend, die Zahl der Demokratien wuchs und wuchs weltweit. Aber gegenwärtig müssen wir uns auch mit der gegenläufigen Entwicklung auseinandersetzen, Freiheit und Demokratie werden zur negativen Folie für Dekadenz und Verfall. Die positiven und die destruktiven Folgen der Globalisierung wirken mitten hinein in unser Nachdenken über unsere Verantwortung hier und heute. Aber die Anfragen an unser Modell werden nicht nur in der Ferne gestellt, sondern sind in Form populistischer Bewegungen mitten unter uns. Der Zweifel am bisherigen Weg ist mitten unter uns, auch in den Kirchen. Und er lässt sich weder durch das Zusammenrücken in einer gefühlten Mitte noch durch Ausgrenzungen beseitigen (5).

Das vorgelegte Papier sei nun gerade keine Denkschrift, sondern vielmehr »Positionspapier zur Diskussion« (6).

Der Münchener Systematische Theologe und Ethiker, Reiner Anselm, rückte als Vorsitzender der Kammer für öffentliche Verantwortung in seinem Beitrag zunächst Hintergrund und Zielsetzung des Papiers in den Vordergrund.[11] Noch im Hintergrund des Böckenförde-Theorems erkennt er

> Überzeugungen [...], die eher zu einer christlichen Aristokratie denn zu einer Demokratie passen; die Demokratie, die die Kirchen unterstützen und zu ihrer Sache machen, ist im Grunde eine spezifische Form der Elitedemokratie, bei der es darum geht, dem Wankelmut, Individualismus und auch der Irrationalität der Wähler die orientierungsstiftende Kraft der eigenen Soziallehre entgegenzuhalten. Demokratische Verfahren sollen zwar zur Auswahl des Führungspersonals genutzt werden, nicht oder nur sehr zögernd aber für weitergehende partizipative Elemente (7).

---

9. In diesem Abschnitt werden die Seitenangaben, die sich auf die epd Dokumentation (wie Anm. 1) beziehen, direkt in Klammern im Haupttext angeführt.

10. Äußerungen von Paul Nolte finden sich in der epd Dokumentation nicht. Zu seiner Position s. aber unten unter Dokumente, Nr. 5.

11. Vgl. dazu entsprechend auch: Anselm, Reiner: Die Elitendemokratie überwinden. Die Kirchen müssen aus der Bundestagswahl Konsequenzen ziehen, in: Zeitzeichen 18 (2017), H. 11, 8–11.

Die Kirchen würden sich »[b]is heute [...] eher als moralische Letztinstanzen denn als gleichberechtigte Akteure im demokratischen Wettstreit« sehen. Sie reklamieren für sich einen gewissen moralischen Paternalismus, indem sie in Anspruch nehmen, zu wissen, was das moralisch richtige Verhalten ist.« (7) Zwar habe

> [d]as in der christlichen Soziallehre verankerte Politikmodell der Bundesrepublik [...] zur Prosperität und zu einem so zuvor nicht gekannten inneren Frieden geführt,

allerdings gebe es auch »die Schattenseiten dieser Entwicklung, nämlich ihr partizipatives Defizit und ihre Tendenz zur moralisierenden Bevormundung«.

Schon die Proteste der Jahre um 1968 hätten gezeigt:

> Konsens wird dadurch erreicht, dass abweichende Positionen aus der Debatte ausgeschlossen werden – und zwar mit moralischen Argumenten. In einer pluraler gewordenen Gesellschaft führt das dazu, dass immer mehr Positionen an den Rand gedrängt werden – und ebenso der Anteil derer kleiner wird, die sich von der Politik und auch den Kirchen repräsentiert fühlen. Das Auftreten neuer politischer Gruppierungen, das Entstehen neuer zivilgesellschaftlicher Akteure, die sich nicht nur im linksliberalen, sondern auch im rechten politischen Spektrum verorten, ist die logische Konsequenz dieser Entwicklung (7).

Erforderlich sei es deshalb, dass die Kirchen ihr Verhältnis zur Demokratie neu bestimmen. Aus theologischer Perspektive betont Anselm, dass das Evangelium dem Gesetz vorzuordnen sei. Diese Verhältnisbestimmung müsse klar differenziert werden. »Demokratie ist unserer Überzeugung nach diejenige Staatsform, die beide Elemente, Evangelium und Gesetz, am besten miteinander verbindet.« (8)

Ein wesentliches, das Papier bestimmendes Element trete bei einem Vergleich »gegenwärtige[r] Debatten über ethisch-politische Konfliktfelder mit den Auseinandersetzungen etwa um die Friedenspolitik in den 1980er Jahren, aber auch um die richtige Politik der Wiedervereinigung« zutage. Es werde sofort deutlich,

> dass das Meinungsspektrum in der evangelischen Kirche kleiner geworden ist. Distanzierung und Gleichgültigkeit sind die Folge – Demobilisierung ist hier das Äquivalent zur Mobilisierung im Raum des Politischen: Die Menschen kehren der Kirche den Rücken (8).

Dies könne dann geändert werden, wenn es gelänge, »Kirche und Politik gleichermaßen auseinandersetzungsbereiter zu machen« (8). In den Bahnen des Papiers bewegen sich dann Anselms Ausführungen zur Kirche als »Raum [...] für politische Kontroversen«, in dem sich die diskursive Möglichkeit eröffne, dass sich »konkurrierende Einschätzungen« (9) streitbar und fair begegnen.

Rebekka A. Klein, Professorin für Systematische Theologie an der Ruhr-Universität Bochum, kommentiert den Arbeitsprozess der Kammer für öffentliche Verantwortung, deren Mitglied sie ist, und fragt in ihrem Kommentar: »Zu viel Konsens, zu wenig Konflikt?« Die Impulse des Papiers sieht sie von der Absicht getragen,

> innerhalb der Demokratie eine Demokratisierung zu initiieren, ihr eine Reform angedeihen zu lassen und das Recht des Unruhestiftens und die ihm innewohnende Streitigkeit nicht von vornherein zu dämonisieren, wie es in politischen wie kirchlichen Debatten nur allzu oft geschieht (12).

An dieser Stelle verweist Klein auf einen in »Zeitzeichen« erschienenen Beitrag ihres Bochumer Kollegen Günter Thomas, »Wider den kirchlichen Populismus. Warum das AfD-Bashing evangelischer Kirchenvertreter einfach töricht ist«.[12] Die ganz eigene Qualität des Konfliktes werde, so die Systematikerin, im Papier unterschätzt.

Klein benennt *drei Faktoren*, die stärker zu beachten seien, und unterstreicht *zunächst*:

Soziale Spaltungen und Dissense sind als konstitutiv für den demokratischen Prozess des Ringens um das Wohl der ganzen Gesellschaft anzusehen. Sie sind nicht pathologisch, sondern nur unsere Verdrängung dieser Dissense ist es.

Als *zweiten Punkt* führt sie aus:

Da jeder Überzeugung und jedem Argument ein Zwang innewohnt, den ich auf den anderen ausübe, wäre es naiv, die Demokratie als eine Regierungs- oder Lebensform zu begreifen, die frei von jeglicher Gewaltsamkeit und jeglichen sozialen Ausschlüssen ist oder jemals sein könnte. Eine solche Sichtweise provoziert vielmehr den Gegenbeweis derer, die sich durch die vorherrschenden politischen Programme zu Recht unterdrückt und ausgeschlossen sehen.

Als *dritter Faktor* wird dann benannt, dass »jeder Konsens [...] nur ein konflikthaft errungener und in Konflikten aufrecht zu erhaltender Konsens« sei. »Denn jeder Konsens schließt andere mögliche Konsense aus.« (13)

Klein vertritt die Einsicht, dass auch das vorgelegte Papier »auf der Grundlage von Dissensen errungen« wurde und es »noch heute im Dissens der Mitglieder der Kammer« stehe.

Seine Entstehung war nicht frei von Spaltung im Sinne eines Ausschlusses anderer, alternativer Argumente. Dennoch oder gerade deshalb, weil er durch die Austragung dieser Konflikte hindurchging, bildet er eine auf Zeit tragfähige Grundlage, um weiter an der Demokratisierung der Demokratie und damit an ihrer Reformierung zu arbeiten (13).

In einem weiteren Schritt setzt sich Klein mit dem Phänomen des Populismus auseinander und gelangt zu einem von ihr in seiner Substanz nicht näher ausgeführten Urteil, das allerdings nicht zuletzt mit Blick auf den verwendeten Begriff des »Totalitären« und die Formulierung »Untermenschen« durchaus erklärungsbedürftig wäre:

Wenn die demokratische Regierungsform nicht zu einem totalitären und in sich geschlossenen Metadiskurs erstarren soll, wie sie es gegenwärtig in weiten Teilen ist, darf sie die Gesellschaft niemals – auch nicht als Zivilgesellschaft – als eine in der demokratischen Ordnung vollständig aufgehende Größe betrachten. Denn es wird immer wieder politische Forderungen von Menschen geben, die hier mit uns leben, die aber innerhalb des gegenwärtig vorherrschenden demokratischen Konsenses nicht integriert werden können. Dies ist offen und ehrlich anzuerkennen und diesen Menschen ist vollumfänglich das Recht zuzugestehen, diese Forderungen dennoch im politischen Diskurs zu artikulieren,

12. Thomas, Günter: Wider den kirchlichen Populismus. Warum das AfD-Bashing evangelischer Kirchenvertreter einfach töricht ist, in: Zeitzeichen 18 (2017), H. 7, 18.

ohne sofort als Untermenschen zu gelten. Das utopische Projekt, dass die ganze Gesellschaft zum Ort, zur Lebensform der Demokratie werden könnte und Demokratie damit zeitenthoben verräumlicht, muss daher eines der Hauptangriffsziele der neuen politischen Bewegungen sein und bleiben (14).

Hinsichtlich des Umgangs mit populistischer Rhetorik, die »immer auf der Grenze zwischen Aufbau und Abbau, zwischen Konstruktion und Subversion agiert«, zeige es sich, »wie verfestigt oder wie krisenhaft das bestehende [sc. demokratische] System bereits ist«. Dem Populismus weist Klein in Konsequenz ihrer Überlegungen zu, dass er »in gewisser Weise eine parasitäre Existenz« sei. »Er lebt und nährt sich von der Macht seiner Gegner, die er subversiv zu seiner Macht ›macht‹.« (14) Im Umgang mit populistischen Erscheinungsformen erweist es sich für Klein als

> Gretchenfrage [...], inwiefern wir unsere Konsense nach außen hin zementierten oder aber sie immer wieder der konflikthaften Öffnung aussetzen, so schmerzlich dies auch sein mag. Erst wenn wir dies tun, wird auch die populistische Rhetorik neuer politischer Bewegungen sich nicht mehr nur als Störfall, sondern als folgenreiche Verschiebung unseres demokratischen Status quo begreifen lassen.

Als aus ihrer Sicht offene Problemstellung benennt Klein abschließend die Frage,

> inwieweit es nun aber mit der evangelischen Freiheit vereinbar oder eben nicht vereinbar ist, diese radikal-demokratische Sichtweise auf die neuen politischen Bewegungen mitzutragen (14).[13]

Der Soziologe Hans Joas begrüßt in seinem Statement »Um die ›konstitutive Gerechtigkeit‹ streiten« das Impulspapier, das sich von anderen Verlautbarungen vor allem auch dadurch abhebe, dass es auf einseitige Moralisierungen verzichte und selbstkritisch sei. Besonders im Verlauf der 2015 einsetzenden Flüchtlingskrise habe er »Anstoß« genommen

13. Zu Kleins Position hinsichtlich der von ihrer problematisierten Leistungskraft von Konsens und Kompromiss vgl. kritisch einen Aufsatz des Göttinger Systematikers Christian Polke: Populismus als Herausforderung für die demokratische Zivilgesellschaft. Eine ethisch-theologische Perspektive, in: ZEE 62 (2018), 200–212, hier: 202, Anm. 5. Polke bezieht sich auf: Klein, Rebekka A.: Radikale Pluralität als Herausforderung für Theologie und Kirche, in: EvTh 77 (2017), 313–319. Vgl. zum Hintergrund auch Polke, Christian: Über kulturelle und nationale Identität. Anmerkungen zu einem verdrängten Thema, in: ZEE 62 (2018), 244–247. Der Religion schreibt er eine besondere Differenzierungsstärke zu: »Sie kann vielleicht mehr noch als andere Größen, angeleitet durch ihre theologische Differenzkompetenz, auf die Unterscheidung von Recht und Moral, Staat und Nation, Kultur und Religion achten. Deshalb gilt ihr kritisches Augenmerk den voreiligen Schließungen von Debatten und Diskursen.« (ebda., 246) Polke vertritt zudem die These, dass »in Zeiten wachsender Verunsicherung über die Globalisierung [...] Heimatverbundenheit und Identitätsbedürfnis nicht dazu führen« dürften, »dass das Unabgegoltene, ja die Schuld in Geschichte und Gegenwart in Vergessenheit gerät, schon um der hoffentlich besseren Zukunft willen nicht« (ebda., 247).

an den Äußerungen aus der evangelischen Kirche, denen zufolge es sich hier gar nicht eigentlich um politische, sondern individualmoralische Entscheidungen handle und aufzuklären sei, warum es selbst in Kirchengemeinden Kräfte gebe, die gegen eine so offensichtlich dem Geist des Christentums entsprechende Politik opponierten.[14]

Zu drei Punkten des Papiers formuliert Joas Einwände: 1) Die Formulierung im dritten Impuls (dort S. 12), dass »Demokratien [...] immer wieder Gefahr« liefen, »weit hinter ihrem eigenen Leitbild zurückzubleiben« (15), wertet er als »bemerkenswerte[n] Euphemismus«. Die Differenz sei vielmehr wesentlich größer; genannt werden:

a. der oft verdeckte Einfluss wirtschaftlicher Interessenvertreter auf die demokratische Willensbildung bis hin zur offenen Käuflichkeit von politischen Entscheidungen; b. die zunehmende Verlagerung wesentlicher politischer Entscheidungen auf supranationale Ebenen; c. die Schwächung der Parlamente durch Überforderung im Zeitmaß und in der Komplexität der Entscheidungsmaterien; d. die wachsende soziale Ungleichheit in der politischen Partizipation« (15).

Der Begriff des »Wandels« werde 2) im Papier zu pauschal eingesetzt. Unter Bezug auf die Überlegungen zur »Zugehörigkeit« im fünften Impuls bringt Joas mit Michael Walzer und William Barbieri den auch von ihm präferierten Begriff »konstitutive Gerechtigkeit« ins Spiel. Wenn es darum gehe, neue Staatsbürger aufzunehmen, müsse dies demokratisch entschieden werden. Hierbei seien zwar »eine Vielzahl von Kriterien zu berücksichtigen; mit dem Verweis auf Menschenrechte und universale Menschenwürde allein sind sie aber nicht zu bewältigen. Das Impulspapier bleibt in dieser Hinsicht allerdings ganz abstrakt. Es spricht nur von zu prüfenden Fragen, ohne allerdings den Versuch zur Benennung klarer Kriterien zu unternehmen, und endet mit dem schrecklich paternalistischen Satz gegenüber denjenigen, die Vorbehalte haben: ›Auch ihre Anfragen müssen gehört werden‹. Wer darf da in einer Demokratie nur ›gehört werden‹, wer ›hört‹ da allein?« (17)

Aus politikwissenschaftlicher Perspektive äußert sich Andreas Busch bündig: »Komplexität wahrnehmen – dem Dialog einen Raum geben«. Die Funktion der Kirche erkennt er auf dem Gebiet der Beratung, innerhalb politischer Zusammenhänge selbst spiele sie »keine entscheidende Rolle«. Richtig sei es, »konkrete Festlegungen auf bestimmte (partei-)politische Positionen zu vermeiden« (18). Die zumal in den Kammern der EKD, aber auch in den Evangelischen Akademien praktizierte Dialogkultur lobt Busch ausdrücklich. Sie ließe sich »vielleicht als Meta-Einfluss auf den politischen Prozess interpretieren, denn über die Etablierung eines solchen Diskussions- und Umgangsstils hat die Kirche Einfluss auf das Politikmodell der Bundesrepublik genommen und dieses positiv (mit-)geprägt« (18).

In seinem Schlusswort (»Mut zur inhaltlichen Auseinandersetzung«) geht Bischof Dröge gezielt auf eine von ihm konstatierte »neue Qualität« und den rasanten Wandel der politischen Debatten und Kontroversen ein. Im Papier werde

das Aufkommen sich neu profilierender Positionen nicht nur negativ bewertet, wie dies vielfach innerhalb der evangelischen Kirche gesehen wird, sondern als ›ambivalent‹ im Wortsinn, also als zwiespältig.

14. Joas verweist auf seine kleine Schrift: Kirche als Moralagentur, München 2016.

In der Berliner Podiumsdiskussion vermisste er die Einsicht, »dass [...] durchaus auch ein starkes destruktives Potential in den neuen Bewegungen lebendig ist« (20). Der konstruktive Charakter eines neuen Rechtspopulismus sei etwas zu stark herausgestellt worden. Entscheidend ist für Dröge die Frage:

> Sind wir als evangelische Christen bereit, auch andere Grundpositionen im Diskurs zu hören und uns argumentativ mit ihnen auseinanderzusetzen; andere, als die, die viele im Bereich der evangelischen Kirche bisher als Allgemeingut unserer Gesellschaft verstanden haben und bei denen sie sich mit ihrer eigenen theologischen und ethischen Anschauung zu Hause fühlen konnten? (20)

Wie Joas warnt auch der Bischof vor einer Moralisierung der Diskurse. Dröge gibt sich gewiss:

> Der Text macht Mut zu verschärften inhaltlichen Auseinandersetzungen und warnt davor, aus Harmoniebedürfnis bestimmte inhaltliche Positionen grundsätzlich auszuschließen, um einen Freiraum zu gewinnen, in dem der gewohnte moderate Positionsaustausch weiter gepflegt werden kann. Natürlich vorausgesetzt, diese Positionen überschreiten nicht die rote Linie der freiheitlichen Demokratie und der Menschenrechte! (21)

Den Gemeinden könne das Papier dazu verhelfen, ihr Konfliktlösungspotential zu erweitern.

Roger Mielke präsentiert »Schlaglichter aus der Podiumsdiskussion«; dabei heben sich zunächst die Verweise auf den produktiven Gehalt von Debattenkultur und Vielfalt heraus.[15] Für erwähnenswert hält er zudem unter Beteiligungs- und Aktivierungsaspekt die »emotionale Seite der Politik« (22), die in Deutschland jedoch nicht besonders ausgeprägt sei. Mielke fasst zusammen:

> Immerhin wurde auch die Frage berührt, ob die politische Ordnung des Grundgesetzes überhaupt noch einen geeigneten Rahmen für »das Politische« abgebe und nicht vielmehr ein »neues Grundgesetz« gebraucht werde. Ist der Konflikt um das Politische durch die Verfahren der liberalen Demokratie derart eingehegt, dass man sich schon längst in einem, so die eingängige Begriffsbildung von Colin Crouch, »postdemokratischen« Zustand befinde, dessen Regelwerke dann nahezu zwangsläufig durch die populistischen Angriffe »unterlaufen« werden. Es meldete sich auch ein leiser Zweifel, ob es nicht eine Überforderung der Demokratie sei, alle Abhilfe von deliberativen Verfahren zu erwarten, die nach aller Erfahrung überwiegend von den »Gebildeten« genutzt werden. (22)

Auch die, wie es heißt, »kosmopolitischen Eliten«, die die Globalisierung als Chance begreifen, werden eigens problematisiert und mit ihren Gegnern konfrontiert. Es komme zu Abkopplungsprozessen:

> Eine die geographischen und politischen Grenzen weit überschreitende, auf den Bildungsgrad und die wirtschaftliche Teilhabe an transnationalen Netzwerken bezogene Schicht von gesellschaftlich relevanten Akteuren und politischen Entscheidern tue sich sehr schwer damit, die Anliegen der Menschen an der Peripherie zu hören und ernst zu nehmen. (23)

15. Vgl. auch den Bericht über die Berliner Präsentation, insbesondere auch der Podiumsdiskussion, von Christina Bachmann: Evangelisches Positionspapier fordert zu Streitkultur auf (www.pro-medienmagazin.de/gesellschaft/kirche/2017/08/22/evangelisches-positionspapier-fordert-zu-streitkultur-auf.

Der Dokumentation der Berliner Präsentation ist ein Abdruck des Positionspapiers beigefügt. Außerdem werden zu diesem und seinem Kontext vier Texte aus der epd-Berichterstattung hinzugesetzt (die beiden gewichtigeren sind unten im Abschnitt »Dokumente« aufgenommen unter Nr. 1 und 2).

4. Weitere Aspekte der Rezeption

Über die Berliner Veranstaltung zur Präsentation des Impulspapiers hinaus fallen die Reaktionen in Veröffentlichungen eher reduziert aus – dies gilt sowohl für gelegentliche Bezüge in überregionalen Zeitungen, in theologischen Zeitschriften als auch für wissenschaftliche Publikationen, wobei hier naturgemäß von längeren, die aktuelle Berichterstattung überschreitenden Zeiträumen auszugehen ist. Besonders relevant ist ein FAZ-Artikel von Reinhard Bingener (s. u. unter Nr. 3), der »eine bemerkenswert neue Tonlage« konstatiert und eine Abkehr vom Konsensmodell unterstreicht:

> Die Autoren gehen sogar so weit, dem Populismus, über dessen Schattenseiten und Abgründe sie sich keinen Illusionen hingeben, eine demokratiestärkende Funktion zuzuschreiben.«

Bingener berichtet auch von Konflikten, die es »in der Genese des Papiers« gegeben habe und die zu Textänderungen führten. »Die ›Grenzen der Auseinandersetzung‹ mit populistischen Strömungen wurden so schärfer konturiert.«

Weitere Reaktionen, die sich in ihrer Aussagekraft herausheben, finden sich ebenfalls unten im Abschnitt »Dokumente«. Besonders hingewiesen sei darüber hinaus auf konstruktive Überlegungen Arnulf von Schelihas, Münster. »Der Text«, kommentiert er, »ist durchaus vom Programm des öffentlichen Protestantismus mitbestimmt.«[16] Scheliha positioniert sich gegen die Spielarten »Öffentlicher Theologie«, die er für zu kirchenorientiert und zu sehr auf Theologische Fakultäten als Akteure bezogen sieht. Er stimmt dem Ansatz zu, den »politischen Konflikt als Normalfall im demokratischen Gemeinwesen«[17] zu erfassen. Destruktion gelte es zu verhindern. Wahrheitsansprüche dürften Verfahrensfragen nicht unzulässig blockieren, Kompromisse seien zu finden und supranationale Verflechtungen zu beachten. Im Impulspapier »erfolgt«, kommentiert Scheliha,

> eine ehrliche Benennung der Spannungseinheit, in der sich die nationalstaatlichen Demokratien in Europa befinden und die auch ein wichtiger Anknüpfungspunkt für die Revitalisierung des Nationalstaatsgedankens bilden dürfte[18].

Am 11. April 2019 wurde dann unter dem Titel »Ein Gemeinsames Wort der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland« vorgestellt, und zwar unter dem Titel »Vertrauen in die Demokratie

16. Scheliha, Arnulf von: Religionspolitik. Beiträge zur politischen Ethik und zur politischen Dimension des religiösen Pluralismus, Tübingen 2018, 110.
17. Ebda., 111.
18. Ebda., 113.

stärken«[19]. Eine ökumenische Arbeitsgruppe erstellte die Veröffentlichung. Den Vorsitz hatten Reiner Anselm, München, und Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck, Essen.[20] Das »Gemeinsame Wort« knüpft an den gemeinsam verantworteten Text »Demokratie braucht Tugenden« von 2006 an, wobei auch auf die Sozialenzyklika »Centesimus annus« (Johannes Paul II., 1991) und die Demokratiedenkschrift der EKD von 1985 dezidiert hingewiesen wird.[21] Nicht gesondert erwähnt wird das Impulspapier »Konsens und Konflikt«, obgleich es sachlich vorauszusetzen ist.

Dokumente

1) Theologe Anselm: Gesellschaft krankt an Scheu vor Konflikten (epd-Gespräch: Corinna Buschow) (epd-Basisdienst, 21. 8. 2017, in: epd-Dokumentation[wie Anm. 1], 36f.)

[...] epd: Professor Anselm, die Evangelische Kirche in Deutschland hat ein neues Papier zu den aktuellen Herausforderungen der Demokratie veröffentlicht. Warum beschäftigt sich die Kirche mit dem Zustand der Demokratie?

Reiner Anselm: Als Kammer für Öffentliche Verantwortung haben wir vom Rat der EKD den Auftrag bekommen, uns vor allem mit dem Phänomen des Rechtspopulismus zu beschäftigen. Es ging dann aber immer mehr um die Frage: Wer kann sich wie in einer Demokratie Gehör verschaffen? Und wie kann die bundesdeutsche Demokratie weiterentwickelt werden?

epd: Und wie ist nach Ihrer Analyse der Zustand der Demokratie? Was ist anders als 1985, als sich die EKD das letzte Mal grundlegend damit befasste?

Anselm: Unsere Gesellschaft ist selbstbewusster – man kann auch sagen: pluraler – geworden. Die Einzelnen artikulieren ihre Interessen stärker. Dadurch werden die Repräsentationsmechanismen, die wir hatten – vor allem über die zwei großen Volksparteien CDU und SPD – schwächer.

epd: Das klingt auch nach »individualistischer«: Wie geht dann demokratischer Zusammenhalt?

Anselm: Individualismus ist nur eine Seite der Sache. Die Entwicklung kann man in meinen Augen besser erfassen, wenn man den Dreischritt zugrunde legt, den der Soziologe Ulrich Beck mit »Freisetzung – Entzauberung – Reintegration« beschrieben hat. Die Menschen werden aus ihren angestammten Bindungen freigesetzt. Das bewirkt, dass der Einfluss der klassischen Autoritäten zurückgeht. Am Beispiel der Kirchen, die ihre Bindekraft verlieren, ist das offensichtlich. Die Menschen können nun selbst entscheiden,

19. Vertrauen in die Demokratie stärken. Ein Gemeinsames Wort der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (Gemeinsame Texte, 26), hg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz und dem Kirchenamt der EKD, Bonn/Hannover 2019.

20. Vgl. die beiden im Rahmen einer Pressekonferenz zur Vorstellung des »Gemeinsamen Wortes« am 11. April 2019 in Berlin gegebenen Statements von Reiner Anselm, Vorsitzender der Kammer für Öffentliche Verantwortung, und Bischof Overbeck, Vorsitzender der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz (www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/GemeinsamesWortzurDemokratie_StatementAnselm.pdf; www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/GemeinsamesWortzurDemokratie_StatementOverbeck.pdf).

21. Vertrauen in die Demokratie stärken (wie Anm. 19), S. 6f.

müssen es aber auch. Was dann folgt, ist eine nächste Stufe, in der wir uns befinden: Reintegration. Es gibt die Identifikation mit neuen Gruppierungen. Eine Zeitlang fanden wir das gut unter den Schlagwörtern »Neue soziale Bewegungen« oder »Aufstieg der Bürgergesellschaft«. Mit dem Aufkommen von »Pegida« sieht man aber, dass diese Bürgergesellschaft auch ihre Schattenseiten hat.

epd: Diese Pluralität birgt Konflikte, die man aber nicht als Krise, sondern Normalfall der Demokratie betrachten soll, heißt es in Ihrem Papier. Heißt das, wir sollten uns über Konflikte freuen?

Anselm: Konflikte integrieren, so komisch das klingt. Wer einen Konflikt hat, setzt sich mit seinem Gegenüber auseinander. Auseinandersetzung ist damit gerade das Gegenteil von Vereinzelung, also Individualisierung. Deswegen ist es gut, wenn man streitet – solange es kultiviert geschieht und nicht destruktiv. Unsere Gesellschaft krankt daran, dass sie Konflikte gerade auch im politischen Bereich sofort furchtbar und abstoßend findet. Aber nur so werden andere Perspektiven eingebracht. Als Martin Schulz (SPD) Kanzlerin Angela Merkel (CDU) einen Anschlag auf die Demokratie vorgeworfen hat, weil sie sich der Auseinandersetzung im Wahlkampf verweigere, hat er an dem Punkt schon etwas Richtiges getroffen, auch wenn das drastisch verfehlt war.

epd: Ist Ihnen denn generell zu wenig Streit im Bundestagswahlkampf?

Anselm: Ja! Das liegt wahrscheinlich auch daran, dass sich die beiden Spitzenkandidaten Merkel und Schulz zu ähnlich sind. Beide sind Pro-Europäer, beide sind, wenn man so will, in demselben liberalen Mitte-Links-Milieu unterwegs. Da ist wenig Auseinandersetzung, und die anderen Parteien schaffen es auch nicht, größere Kontroversen in den Wahlkampf zu tragen.

epd: Gibt die evangelische Kirche ein besseres Beispiel für demokratische Streitkultur?

Anselm: Die Kirche sollte akzeptieren, dass sie selbst viel pluraler ist, als sie es nach außen gern vorgibt. Ihre Mitgliedschaft ist, das zeigen Studien, ein Abbild der Gesellschaft. Das gilt es zuzulassen und die Beteiligung unterschiedlicher Meinungen zu fördern. Im Moment stehen die Menschen dafür nicht gerade Schlange an der Tür der Kirchen.

epd: Woran liegt das?

Anselm: Wir haben einen gewissen, durchaus auch oberflächlichen Mainstream-Protestantismus. Die Pluralität der Meinungen in der Mitgliedschaft ist nicht gedeckt durch die Stellungnahmen der Leitungsebenen. Das finde ich problematisch, auch weil es nach innen eine Beteiligungskultur schwierig macht. Die letzte große Beteiligungswelle bei den Kirchen war während der Nachrüstungsdebatte – eben weil das in der Kirche enorm umstritten war. Damals sind die Menschen in Scharen zu den Kirchentagen gegangen. Heute hat man das Gefühl, man weiß schon vorher, was gesagt wird. Die Pluralität innerhalb der Kirche muss wieder stärker sichtbar werden.

epd: Gilt das auch für AfD-Anhänger oder sogar Parteimitglieder, die auch in der evangelischen Kirche sind? Wie sollte die evangelische Kirche mit den Rechtspopulisten umgehen?

Anselm: Wir müssen zunächst einmal unterscheiden zwischen Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus. Die ersten beiden sind gekennzeichnet dadurch, dass sie das demokratische System ablehnen und dafür im Fall der Rechtsextremen auch bereit sind, Gewalt anzuwenden. Mit ihnen sollte die Kirche nicht reden. Bei Rechtspopulisten bin ich vorsichtiger, hier plädiere ich für eine deutliche Öffnung hin zu einem Streit der Argumente. Die AfD mag einzelne Mitglieder haben, die rechtsradikal sind; gewaltbefürwortende Rechtsextreme wie in der NPD sehe ich so nicht. Wie dem auch sei: Mit beiden Gruppen ist keine Verständigung möglich. Die überwiegende Mehrheit aber ist rechtspopulistisch eingestellt, und mit ihnen muss die Auseinandersetzung geführt werden.

epd: Was heißt konkret »deutliche Öffnung«?

Anselm: Die Kirche sollte den inhaltlichen Streit mit AfD-Vertretern suchen, wenn auch eben nicht mit allen. Bei der Rede von Björn Höcke etwa über die Erinnerungskultur und

das Holocaust-Mahnmal ist in meinen Augen die Grenze zum Rechtsradikalismus überschritten. Aber mit anderen Parteivertretern brauchen wir eine harte argumentative Auseinandersetzung. Dafür müssen sich die Kirchenvertreter freilich wärmer anziehen und dürfen dann auch den unangenehmen Themen nicht ausweichen. Es reicht nicht, einfach nur zu sagen, Schutz vor Verfolgung sei ein universales Menschenrecht. Man muss dann auch bereit sein, eine Antwort auf die politische Frage zu geben, wo und wie die – von allen zugestandenen – unvermeidlichen Grenzen gezogen werden sollen. Hier mangelt es bei den Kirchen, weil sich die Leitungsorgane zu schnell auf die einfache Position zurückziehen, die Trutz Rendtorff in die prägnante Formulierung gefasst hat: »Wir haben die Moral – und ihr die Probleme«.

2) Theologe: Kirchen haben möglicherweise AfD-Wahlerfolg begünstigt (epd-Basisdienst, 27. 9. 0127, in: epd-Dokumentation [wie Anm. 1], 38)[22]

[...] Der Wiener Theologieprofessor Ulrich H. J. Körtner kritisiert die kirchlichen Stellungnahmen zum starken Abschneiden der AfD bei der Bundestagswahl. Statt jetzt nur ihre Abscheu gegenüber der Partei zu bekunden, »sollten sich die Kirchen selbstkritisch fragen, was sie möglicherweise selbst zum Wahlerfolg dieser unappetitlichen Partei beigetragen haben«, indem sie die Flüchtlingspolitik von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) »vehement unterstützt und moralisch überhöht haben«, sagte Körtner dem Evangelischen Pressedienst (epd). Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) betonte daraufhin, sie setze sich schon lange mit den Ursachen von Rechtspopulismus auseinander. »Reflexhafte Aktionen ›gegen rechts‹ wie die Kölner Initiative ›Unser Kreuz hat keine Haken‹, mit denen Parteimitglieder und Sympathisanten unterschiedslos als verkappte oder offene Nazis denunziert wurden, waren in dieser Pauschalität unsachlich und politisch kontraproduktiv«, kritisierte der evangelische Theologe. Zwar habe sich die AfD tatsächlich »von einer ursprünglich EU-kritischen zu einer nationalistischen, rechtspopulistischen Partei entwickelt, die in Teilen rechtsextrem ist und vor der sich die Kirchen aus guten Gründen distanzieren«. Es bestehe aber die Gefahr, dass die gemäßigten politischen Kräfte und die Kirchen in Deutschland dieselben Fehler wiederholten, die in Österreich zum Aufstieg der FPÖ geführt hätten: »Bloße Ausgrenzung und Ächtung werden auch die AfD weiter stärken.« Ein Kirchensprecher sagte dem epd, die EKD setze sich »bereits seit langem differenziert mit den Ursachen von Rechtspopulismus auseinander«: »Dabei hat sie sich – zuletzt mit EKD-Ratsmitglied Bischof Markus Dröge auf dem Kirchentag in Berlin – auch der direkten Diskussion mit Vertretern des Rechtspopulismus nicht verschlossen.« Mit einem vor wenigen Wochen veröffentlichten Papier der Kammer für Öffentliche Verantwortung habe die EKD zudem »einen weiteren aktuellen Beitrag zur öffentlichen Diskurskultur unseres Landes geleistet«. In dem Ende August vorgestellten Papier mit dem Titel »Konsens und Konflikt: Politik braucht Auseinandersetzung« fordert die EKD zu mehr Beteiligung an der demokratischen Auseinandersetzung auf. [...] Körtner resümierte, wenn die Kirchen mit Menschen ins Gespräch kommen oder Menschen zurückgewinnen wollen, »die sich im eigenen Land wie auch in ihrer Kirche zunehmend fremd fühlen«, sei es nötig, das eigene Auftreten und Agieren selbstkritisch zu überdenken.[23]

---

22. Vgl. auch Körtner, Ulrich: Moralische Entrüstung reicht nicht aus. Die Kirchen tun sich schwer beim Umgang mit den Rechtspopulisten – da lohnt ein Blick nach Österreich, in: Zeitzeichen 18 (2017), H. 12, 8–11.

23. Zur Debatte über eine Bestimmung des Verhältnisses zwischen AfD und Kirchentag vgl. v. a.: Zentrum Weltanschauungen. Christen in der AFD? Zentrumsreihe Streitzeit. Gespräch am Donnerstag, 25. Mai 2017, Sophienkirche, Dr. Liane Bednarz, Juristen und Publizistin, München; Dr. Dr. h. c. Markus Dröge, Bischof der EKBO, Berlin; Anette Schultner, Bundesverband Christen in der AfD, Hessisch Oldendorf, in: Deutscher Evan-

3) Reinhard Bingener: Sie sind herzlich eingeladen, sich zu streiten. Die EKD überdenkt ihren Umgang mit Populisten (FAZ 28. August 2017, 8)[24]

Den Kirchenoberen beider Konfessionen war das Entsetzen anzumerken, als AfD und Pegida im Zuge der Flüchtlingskrise nicht nur großen Zulauf erhielten, sondern auch noch schwarzrotgoldene Kreuze auf ihren Kundgebungen in die Höhe gehalten wurden. Der erstarkende Rechtspopulismus konfrontierte die Bischöfe beider großen Kirchen mit einer Deutung des Christentums, die der eigenen diametral widersprach. An die Stelle grenzenloser Barmherzigkeit rückte eine stacheldrahtbewehrte abendländische Identität.

Der zu Beginn der Flüchtlingskrise gerade neugewählte Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) beauftragte daher die »Kammer für Öffentliche Verantwortung« damit, eine Strategie zum Umgang mit Populismus zu erarbeiten. Einen Monat vor der Bundestagswahl liegt das Ergebnis nun vor. Schon im Titel »Konsens und Konflikt: Politik braucht Auseinandersetzung« deutet sich eine bemerkenswert neue Tonlage an. Die Kammer, in der gewöhnlich führende Ethiker der verschiedenen theologischen Strömungen das Wort führen, hat einen anderen Weg eingeschlagen, als es ihre Kirchenoberen ursprünglich beabsichtigten.

Ausgangspunkt der Kammer ist eine Situationsanalyse, die sich deutlich von den Grundannahmen der Demokratie-Denkschrift aus dem Jahr 1985 absetzt. Die damalige Kammer hatte in der Demokratie noch ein Verfahren gesehen, einen Konsens in der Gesellschaft herzustellen. Ihre Nachfolger schreiben nun, die Demokratie werde »mit bleibenden Konflikten rechnen müssen« – und das sei auch gut so. Jedenfalls habe sich die Erwartung von Jürgen Habermas nicht erfüllt, eine »Fundamentalliberalisierung« der Gesellschaft werde zur Entschärfung von Konflikten führen. Deutschland sei im Gegenteil nicht nur pluraler geworden, sondern auch konfliktbeladener.

Die Erwähnung des Namens Habermas könnte für einen unter Umständen folgenreichen Theorie-Switch stehen: Bisher schwebte nämlich über vielen EKD-Verlautbarungen insgeheim der Name des Philosophen der Frankfurter Schule. Seine auf einem fundamentalen Konsens fußende Kommunikationstheorie stand Pate, wenn man in der EKD über die Gesellschaft nachdachte. Nun scheint die Kammer sich eher einer Konflikttheorie zuzuwenden, die den Streit nicht nur als produktives Element der Gesellschaft würdigt, sondern auch weniger auf Einhegung dringt.

Entsprechend weit wollen die Kammermitglieder auch angesichts der Flüchtlingskrise den Rahmen der Debatten gesetzt sehen. Unter der Überschrift »Konflikt als Normalfall« schreiben sie, es gelte, »das Recht zu verteidigen, die eigene Meinung auch dann zu äußern, wenn sie der Mehrheit widerspricht«. Dieser Freiheit dürfe keine Diskursmoral, sondern nur die Rechtsordnung eine Grenze setzen. Kritisiert werden

---

gelischer Kirchentag Berlin–Wittenberg 2017. Dokumente, hg. im Auftrag des Deutschen Evangelischen Kirchentages von Stefanie Rentsch und Heide Stauff unter Mitarbeit von Mario Zeißig, Gütersloh 2018, 522–542. Anders als noch im Jahr 2017 der Fall, hat sich das Kirchentagspräsidium für den Dortmunder Kirchentag (19.–23. Juni 2019) gegen einen direkten Dialog mit AfD-Vertretern entschieden; s. dazu https://www.ekd.de/leyendecker-kurschus-nein-zu-afd-politkern-beim-kirchentag-40643.htm; sowie unter der Überschrift »Debatte«: »Keine AfD auf dem Kirchentag! Der Präsidiumsbeschluss in der Diskussion«: Dröge, Markus: Entlarvenden Diskurs verpasst, in: Der Kirchentag, Das Magazin, 04/2018, 16; Leyendecker, Hans [Kirchentagspräsident]: Ein Nein aus Verantwortung, in: ebda., 17. Der entsprechende Beschluss findet sich unter: www.kirchentag.de/beschluss.

24. © Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv.

in diesem Zusammenhang auch Versuche, »populistischen Positionen grundsätzlich die Auseinandersetzung zu verweigern«. Diese Strategie sei kurzsichtig und bestärke das Unbehagen jener Bürger, die sich von den etablierten Kräften nicht mehr vertreten sehen. Die Autoren gehen sogar so weit, dem Populismus, über dessen Schattenseiten und Abgründe sie sich keinen Illusionen hingeben, eine demokratiestärkende Funktion zuzuschreiben. Denn der Populismus zwinge etablierte Kräfte dazu, ihre eigenen Positionen zu schärfen und Repräsentationslücken zu schließen. Nach der Flüchtlingskrise sei dies auch bereits passiert: Die unterschiedlichen Profile der Parteien träten wieder etwas deutlicher zutage, lobt die Kammer.

Mit Blick auf den Streit über Migration fordert die Kammer, neben den universellen Rechten von Geflüchteten auch das Recht der Staatsbürger im Blick zu behalten, das Gemeinwesen »zu bestimmen und zu gestalten«. Freiheit und Sicherheit lasse sich »nur im Rahmen umgrenzter Räume« garantieren. Man kommt kaum umhin, dies als Kritik auch an vielen kirchlichen Einlassungen zu lesen, in denen während der Flüchtlingskrise das Thema Grenzen, seien es nun Staatsgrenzen oder Kapazitätsgrenzen, kaum eine Rolle gespielt hatte. Die Kammer fordert die Kirchenleitungen auch zur selbstkritischen Reflexion darüber auf, »ob nicht manche in politischen Diskursen vertretene moralische Überzeugung als eine Stigmatisierung anderer Positionen verstanden« werden könne.

Der Kammer-Vorsitzende Reiner Anselm formulierte seine diesbezügliche Kritik bei der Vorstellung des Textes Anfang voriger Woche sogar noch einmal schärfer. Der in München lehrende liberale Theologe erkennt im Hintergrund der politischen Verlautbarungen seiner Kirche immer noch Grundüberzeugen, die »eher zu einer christlichen Aristokratie denn zu einer Demokratie passen«. Die Kirchen verstünden sich bis heute als »moralische Letztinstanz« im Staat, die dem Wankelmut und der Irrationalität der Wähler ihre eigenen Soziallehren entgegenhalten müssten.

So pointiert ist das im von der Kammer vorgelegten Text nicht zu lesen. Dagegen steht einmal die Binnenpluralität des Expertengremiums, dem neben liberalen Theologen wie Anselm auch Personen angehören, die eher dem Linksprotestantismus zuzuordnen sind. Dagegen steht aber auch der EKD-Rat, der dem Papier vor der Veröffentlichung seine Zustimmung zu erteilen hatte. Vor diesem Hintergrund ist es bei aller Abgewogenheit des Textes erstaunlich, wie kritisch mit bisherigen Grundannahmen der Kirche umgegangen wird. Der Vorgang zeigt, dass das Unbehagen über die politische Einseitigkeit kirchlicher Äußerungen inzwischen über konservative Kräfte sowie den Kreis liberaler Theologen hinausreicht und auch im EKD-Rat geteilt wird.

Freilich gab es in der Genese des Papiers Konflikte. Insbesondere der Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm äußerte Bedenken. Es gab in der EKD-Spitze die Befürchtung, der Text könnte wie eine nachträgliche Korrektur der Äußerungen wirken, die Bedford-Strohm während der Flüchtlingskrise getätigt hat. Die Folge waren einige Änderungen gegenüber dem Textentwurf der Kammer. Die »Grenzen der Auseinandersetzung« mit populistischen Strömungen wurden so schärfer konturiert.

Bei konflikttheoretischer Betrachtung müsste man dennoch von einer Niederlage des Ratsvorsitzenden sprechen. Konsenstheoretisch gestimmte Beobachter können den Text aber auch als Beleg für eine lebendiger werdende Debattenkultur innerhalb der Kirche werten, in der auch abweichende Auffassungen ihren Raum bekommen.

4) Reinhard Mawick: Weder Einheit, noch Einfalt. Neues Positionspapier der Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD weitet den Diskurs (Zeitzeichen 18 [2017], H. 10, 52f.)[25]

Mit EKD-Denkschriften und dergleichen lassen sich selten Schlagzeilen machen. Das widerspräche auch ihrem Sinn und Selbstverständnis, denn sie sollen Problemstellungen umfassend aufarbeiten, damit die Leser zunächst einmal die Chance haben, den Sachverhalt umfassend zu verstehen. Dieses Tiefgründelnde ist ein gutes Prinzip, deswegen aber haben es solche Texte häufig schwer, in der Öffentlichkeit durchzudringen.

Die »Zehn Impulse der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD zu aktuellen Herausforderungen der Demokratie in Deutschland«, die kürzlich in der Französischen Friedrichstadtkirche am Berliner Gendarmenmarkt vorgestellt wurden, schafften es hingegen prominent in die Frankfurter Allgemeine Zeitung. Das verwundert nicht, denn der Text trifft einen Nerv. Auf den nur 24 Seiten der Kammerschrift wird ein Ton angeschlagen, der das Potenzial hat, die von vielen beklagte Echokammer aufzubrechen, die sich in den vergangenen Jahren in der innerkirchlichen Diskussion um die Frage der Zuwanderung aufgebaut hat. »Der Zweifel am bisherigen Weg ist mitten unter uns, auch in den Kirchen. Und er lässt sich weder durch das Zusammenrücken in einer gefühlten Mitte noch durch Ausgrenzungen beseitigen. Wir brauchen produktive Auseinandersetzungen bevor wir vorschnell dem einen oder anderen Konsens zustimmen.« [...]

Rebekka Klein [...] führt den im Text artikulierten Impuls weiter ins Grundsätzliche aus: »Die gegenwärtige Lage unserer westlichen Demokratien ist geprägt durch das Gegenüber von Unruhestiftern und Spaltern auf der einen und Reformern auf der anderen Seite. Die Ersten werden meist als Populisten diffamiert, die Zweiten als liberale Verfassungspatrioten romantisiert und verharmlost. Die hier vorgestellten ›Zehn Impulse‹ der Kammer für Öffentliche Verantwortung sind in diesem Spannungsfeld Ausdruck des Bestrebens, innerhalb der Demokratie eine Demokratisierung zu initiieren, ihr eine Reform angedeihen zu lassen und das Recht des Unruhestiftens und die ihm innewohnende Streitigkeit nicht von vornherein zu dämonisieren, wie es in politischen wie kirchlichen Debatten nur allzu oft geschieht.«

Demokratisierung innerhalb der Demokratie? Das ist starker Tobak, zeigt aber, wie viel Druck sich in den Jahren einer unnatürlichen Meinungseinheit aufstaut hat, die nicht wenige zunehmend als Meinungseinfalt empfinden. So konstatiert Rebekka Klein, dass die »demokratische Regierungsform« hierzulande in weiten Teilen in einem »in sich geschlossenen Metadiskurs« erstarrt sei. Sie warnt davor, die Gesellschaft »als eine in der demokratischen Ordnung vollständig aufgehende Größe zu betrachten.« Denn es werde, so die Theologin, »immer wieder politische Forderungen von Menschen geben, die hier mit uns leben, die aber innerhalb des gegenwärtig vorherrschenden demokratischen Konsenses nicht integriert werden können.« Dies sei »offen und ehrlich anzuerkennen«, und diesen Menschen sei »vollumfänglich das Recht zuzugestehen, diese Forderungen dennoch im politischen Diskurs zu artikulieren, ohne sofort als Untermenschen zu gelten.«

Untermenschen? Noch stärkerer Tobak. Keine Frage, in dieser Grundsatzdiskussion steckt Potenzial! Der Bischof Loci, Markus Dröge, der auch dem Rat der EKD angehört, bezeichnet in seinem Schlusswort den Text als »eine wichtige Stimme in einer sich rasant wandelnden politischen Landschaft, in der unsere Kirche sich neu orientieren muss.«

Andererseits beharrt Dröge darauf, dass es in der Kirche »zu vielen dieser Themenkreise einen breiten und ethisch-theologisch gut begründeten Konsens« gebe. Er räumt jedoch ein: »Wir dürfen nicht den Eindruck erwecken, zu dekretieren, zu postulieren, in dem wir den politischen Diskurs moralisieren und damit in seiner Freiheit einschränken. Diese feine Unterscheidung ist eine wichtige Unterscheidung: Ethisch-moralische Positi-

25. Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Zeitzeichen gGmbH, Berlin.

onen kraftvoll einbringen – ja, das ist unser Auftrag! Aber wir dürfen den Diskurs selbst dabei nicht moralisieren!«

Dröge moniert an seinen Vorrednern freilich, dass sie sich in der »konstruktiven Einschätzung« der neuen rechtspopulistischen Bewegungen »zu einig« gewesen wären. Schließlich seien die Akteure der neuen Bewegung »ja keineswegs nur darauf aus, die demokratische Kultur weiterzuentwickeln. Dröge betont: »Mit denen, die die demokratische Kultur im Kern angreifen, ist nicht zu reden. Ihnen ist entgegenzutreten« und »Ideologien der Ungleichwertigkeit von Menschen« dürfe »kein Raum« gegeben werden. Darin waren sich am Ende eines spannenden Nachmittags am Gendarmenmarkt alle einig.

Eine neue Debatte in der EKD hat offiziell begonnen. Wo wird sie hinführen? Auf jeden Fall lohnt es sich den klaren, knappen, konzisen Kammertext zu lesen. Das geht dank seiner klaren Kürze recht schnell.

5) Paul Nolte [Historiker und Präsident der Evangelischen Akademie zu Berlin], Gastkommentar: Mehr Konflikt, bitte! (Herder Korrespondenz 71 [2017], H. 10, 6)[26]

Eine Krise der Demokratie, gar der liberalen Ordnung des Westens – das war ein Grundthema der vergangenen Jahre. Nur Deutschland konnte sich als Insel der Glückseligen fühlen: angesichts von Donald Trump, Marine Le Pen und Brexit bei unseren unmittelbaren westlichen Nachbarn und illiberalen Versuchungen in Polen und Ungarn, erst recht in der Türkei. Von einer neuen Sammlung der Ewiggestrigen abgesehen, so lautet das deutsche Selbstverständnis dieser Tage, stehen wir fest zusammen in der Mitte, verteidigen Demokratie und offene Gesellschaft. Und die Kirchen sind Leuchttürme der Zivilgesellschaft und Bündnispartner der Regierung, wie sich in der Flüchtlingskrise gezeigt hat.

Wie schön! Doch es mehren sich die Anzeichen, dass genau das ein Problem sein könnte. Ende August hat die Kammer für Öffentliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) ein Impulspapier »zu aktuellen Herausforderungen der Demokratie in Deutschland« vorgestellt, unter dem Titel »Konsens und Konflikt: Politik braucht Auseinandersetzung«. Das klingt nach: Wir haben den Konsens übertrieben, wir müssen abweichende Meinungen mehr würdigen und Konflikte offener austragen. Aber man fragt sich auch: Wer hätte je bestritten, dass Politik in der Demokratie auf dem Pluralismus von Lebenssituationen und Überzeugungen beruht und von der Auseinandersetzung lebt, ja sich in ihr konstituiert? Bekanntlich hat die EKD ihren Weg zur vorbehaltlosen Anerkennung der Demokratie nach 1945 mühsam finden müssen. Die Denkschrift von 1985 mag als Abschluss dieses Prozesses gelten – bloß ist Demokratie niemals abgeschlossen.

Worum also geht es jetzt, nicht nur in der EKD? Mehrere Fäden sind zu trennen. Erstens gibt es den Vorwurf, die Kirche setze sich nicht genug mit populistischen, ja mit rechtsextremen Neigungen in den eigenen Gemeinden auseinander. Dieser Vorwurf ist so janusköpfig wie unsere Debatte über den Umgang mit der AfD im Ganzen. Die einen meinen damit, die Kirche müsse solchen Neigungen entschiedener entgegentreten. Die anderen zielen gerade auf das Gegenteil und wünschen sich, dass abweichende Meinungen gegenüber dem liberalen Mainstream mehr als bisher akzeptiert werden: Auch als Christ kann man für eine »Obergrenze« sein oder die »Ehe für alle« ablehnen.

Der zweite Faden ist eine eigentümliche Zuspitzung im Blick auf das Verhältnis von Kirchen und Politik in Deutschland. Gewiss, es hat schon länger gegrummelt, innerkirchlich ebenso wie im politischen Feuilleton: Die Kirchen überreizten ihr politisches Mandat; sie seien mit ihrem Urteil flink zur Stelle, das die moralische Gewissheit linker oder linksliberaler Selbstverständlichkeit verströmt. Es irritiert, wenn im selben Atemzug, wie

26. Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Herder-Verlages, Freiburg.

kürzlich im Magazin »Cicero«, die Regierungsfrömmigkeit der Kirchenoberen beklagt wird. Was stört diese Kritiker: der Moralstachel Margot Käßmanns zu Afghanistan oder die liberal-konstruktive Haltung des Münchner Duetts Reinhard Marx und Heinrich Bedford-Strohm zur Flüchtlingspolitik? Und welche politische Agenda steckt hinter der Forderung, Glaube solle schlicht, fromm und unpolitisch sein?

Drittens wächst die Unzufriedenheit mit der politischen Kultur des konfliktfreien Zentrismus, obwohl sich Deutschland mit ihr wohltuend von Ländern unterscheidet, deren innere Zerrissenheit und ideologische Polarisierung die Demokratie inzwischen ins Mark trifft – dazu gehören auch die USA. Aber schadet nicht auch die hypergroße Koalition, die häufig die Grünen und manchmal sogar, wie in der Flüchtlingspolitik, die Linke einschließt? Streben wir einem Einheitsweltbild entgegen, in dem alle Konflikte stillgestellt werden, solange es um den »Kampf gegen rechts« geht? Von der nächsten Regierungsbildung sollte ein anderes Signal ausgehen: eines, das die AfD nicht zur ersten parlamentarischen Oppositionsstimme gegen den sozialunionsgrünlinksliberalen Konsens macht.

Und was heißt Christsein in der Demokratie? Gewiss mehr als beten und singen unter dem Schutz des Grundgesetzes. Es schließt den Pluralismus politischer Positionen ein, den scharfen Konflikt über alles, was uns aus guten Gründen oft zerreißt: Steuersystem und Energiewende, Sicherheit mit und ohne Soldaten, mehr oder weniger europäischer Bundesstaat, und auch über die Frage, ob wir mehr oder weniger Flüchtlinge und Migranten aufnehmen wollen. Denn an einer Stelle irrt das anregende EKD-Papier: Vielfältige Gesellschaften stehen gerade nicht in besonderer Gefahr, abweichende Meinungen aus der Debatte auszuschließen – man vergleiche nur Kanada und die USA mit dem neuen Ethno-Nationalismus und Konformitätsdruck in Teilen Ostmitteleuropas. Das macht Mut zu mehr Vielfalt und zum Konflikt unter Demokraten – in der Gesellschaft, in den Weltanschauungen von Christen und in der Politik.

6. Michael German: Lutherischer Rechtsgebrauch im Reformationsjubel. Vortrag vor der Generalsynode der Vereinigten Kirche am 10. November 2017 (Lutherische Generalsynode 2017. Bericht über die vierte Tagung der zwölften Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands vom 9. bis 11. November 2017, Hannover 2018, 73–77, 74f.)

[...] In den von der EKD im August dieses Jahres unter der Überschrift »Konsens und Konflikt: Politik braucht Auseinandersetzung« veröffentlichten »zehn Impulsen« zu »aktuellen Herausforderungen der Demokratie in Deutschland« hat die Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD einen sehr grundsätzlichen, aber zugleich positionsfreudigen Beitrag zur Reflexion unserer politischen Ordnung geleistet. Er schreibt die Demokratie-Denkschrift von 1985 mit einem klaren Blick auf die jüngere Entwicklung der Bedingungen fort, unter denen sich die demokratische Meinungs- und Willensbildung vollzieht.

Die Zustimmung der evangelischen Kirche zur Demokratie als politischer Ordnung ist so gefestigt und uns so selbstverständlich, dass wir uns kaum noch vorstellen können, nach welchen Seiten sie theologisch abgesichert werden musste und vielleicht auch immer wieder muss: Sie darf den usus theologicus legis nicht vergessen, der auch der demokratischen Weltgestaltung und Gerechtigkeitssuche ihre Erlösungsbedürftigkeit vorhält. Sie muss eingestehen, dass sie einen bestimmten Ort in der Geschichte des usus politicus legis hat. Sie will ja einerseits nicht die berüchtigte Staatsfrömmigkeit der protestantischen politischen Ethik gegenüber den jeweils herrschenden politischen Anschauungen in die Gegenwart übersetzen und den usus politicus legis gleichsam überzeitlich an die ihr gegenwärtige Staatsform binden. Andererseits kann und will sie einer Stellungnahme zur

demokratischen Ordnung nicht ausweichen. Und jede Distanzierung vom Rechtsstaat des Grundgesetzes wäre fehl am Platz, es ist ja nicht ernsthaft bestreitbar, dass er Zustimmung verdient und »besser« ist als jedes andere politische System.

Der Text »Konsens und Konflikt« – im Anschluss an die Demokratie-Denkschrift – will die Zustimmung zur Demokratie auf die reformatorische Botschaft zurückführen: »Im Jahr 2017 feiern die evangelischen Kirchen den Beginn der Wittenberger Reformation vor 500 Jahren. Hinter ihnen liegt ein langer und schmerzhafter Lernprozess, der sie die Bedeutung der reformatorischen Botschaft von der Freiheit eines Christenmenschen für das Zusammenleben in Staat und Gesellschaft erst allmählich erkennen ließ. Sie interpretieren heute die freiheitliche Grundordnung des Grundgesetzes als eine Entsprechung zu der Freiheit, die das Evangelium von Jesus Christus ermöglicht und verbürgt.« Mit der Inanspruchnahme solcher ›Entsprechungen‹ wird die freiheitliche Demokratie aber nicht nur einfach positiv gewürdigt, sondern eben doch gleichsam ins Überzeitliche gehoben. Wer das tut, kann den evangelischen Kirchen während den 468 Jahren zwischen dem Thesenanschlag und der Demokratie-Denkschrift schlecht vorwerfen, dass sie die staatspolitischen Verhältnisse ihrer Zeit immer wieder theologisch ins Überzeitliche gehoben haben. Der Vorwurf lautet dann eigentlich, dass sie auf der falschen Seite der Geschichte standen. [...]

7) »Manche wollen die Demokratie untergraben«. Der evangelische Landesbischof Markus Dröge zum Wandel der Gesellschaft durch Rechtspopulisten und die Chancen einer Auseinandersetzung. Interview mit Julia Haak (Berliner Zeitung, 4. Dezember 2017[27])

[...] *Herr Dröge, vor einem Jahr hat Ihnen AfD-Chef Alexander Gauland empfohlen, den Talar auszuziehen und in die Politik zu gehen, weil Sie sich kritisch zur AfD geäußert haben. Sie haben sich aber keinen Maulkorb verpassen lassen. Warum ist Ihnen dieses Thema so wichtig?*

Es gehört zu meinem Auftrag, mich öffentlich zu gesellschaftlichen Themen zu äußern. Das ist in unseren evangelischen Bekenntnissen und von unserer Ethik her begründet. Ich suche mir das nicht aus, sondern jeder ordinierte evangelische Theologe ist nach der Barmer Theologischen Erklärung von 1934 verpflichtet, in die Gesellschaft hinein zu wirken. Schon deshalb kann ich es nicht akzeptieren, wenn mir jemand sagt, ich solle mich politisch nicht äußern. Und Herr Gauland hat sich auch nicht inhaltlich damit auseinander gesetzt, was ich gesagt habe, sondern wollte mir einen Maulkorb verpassen.

Hat er sich denn seitdem mal inhaltlich mit Ihnen befasst?

Nein. Ich habe mich aber mit anderen auseinander gesetzt. Mit Anette Schultner habe ich auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag sogar öffentlich diskutiert, weil sie sich als Christin in der AfD engagiert hat.

Warum war diese Diskussion so umstritten?

Es gab Widerspruch von Leuten, die eine ganz harte Linie gegenüber der AfD verfolgen, die sagen, mit denen redet man überhaupt nicht. Das war aber nicht die Mehrheit auf dem Kirchentag. Ich habe sehr positive Rückmeldungen bekommen, dass ich diese Ausein-

27. Abdruck mit freundlicher Genehmigung der DuMont Mediengruppe GmbH & Co. KG, Köln.

Vgl. auch »Eine Botschaft mit Sprengkraft«. Bischof Markus Dröge über das Revolutionäre der evangelischen Kirche, Luthers Antwort auf die AfD und Mutmachendes aus dem Reformationsjahr. Gespräch mit Gerd Appenzeller und Friedhard Teuffel, in: Der Tagesspiegel, 30. Oktober 2017, 2.

andersetzung gesucht habe und wie sie abgelaufen ist: in der Sache völlig klar, aber fair. Meine Position war, dass ich mir nicht vorstellen kann, sich glaubwürdig als Christ in der AfD zu engagieren.

Aber es lief auf den Satz hinaus: Christen haben in der AfD nichts zu suchen?

Dieser Satz ist aus dem Zusammenhang gerissen worden. In der AfD erlebe ich verzerrte Kommunikation. Es geht der Partei um Provokation. Und bei so etwas haben Christen nichts zu suchen, war meine Aussage. Wir stehen für eine offene und klare Kommunikation. Darüber haben sich manche in der AfD furchtbar aufgeregt. Ich habe offenbar einen wunden Punkt getroffen.

Welche Lehre haben Sie aus dieser Diskussionserfahrung gezogen?

Frau Schultner hat geglaubt, sie könne innerhalb der AfD eine bürgerlich-konservative Politik machen. Sie ist der Auffassung, die Kirche setze sich nicht konsequent genug für das ungeborene Leben ein. Es geht ihr um ein konservatives Familienbild, um die Ablehnung von Gender-Mainstreaming. Diese Positionen kann man auch in unserer Kirche vertreten. Mittlerweile sieht sie aber in der AfD keine Wirkungsmöglichkeit mehr, weil man dort keine Mehrheiten bekommt, wenn man nicht den nationalistischen Flügel unterstützt, wie sie selber in einem Interview nach ihrem Austritt gesagt hat. Für mich ist sie jetzt glaubwürdiger geworden.

Sie halten also dieses Gespräch rückblickend für einen Erfolg?

Ja, denn ich halte es für wichtig, fair und sachlich darzulegen, warum ich auf der Basis christlicher Grundlagen ein Engagement in der AfD nicht für glaubwürdig halte. Der Kirchentag war dafür der richtige Ort, mit einem an der Sache interessierten Publikum. Ich würde mich aber nicht für ein Gespräch mit Funktionären der AfD hergeben, die nur provozieren wollen. Und die gibt es heute mehr denn je. Im Strategiepapier, mit dem die AfD in den Bundestagswahlkampf gegangen ist, heißt es ausdrücklich, es komme nicht darauf an, Sachfragen zu behandeln, sondern zu provozieren. Das ist unglaubwürdig. Für mich kann es auch kein Gespräch zwischen Parteiführung und Kirchenleitung geben, solange sich die AfD nicht deutlich gegen den Rechtsextremismus abgrenzt. Das Gegenteil ist der Fall. Die AfD tendiert stärker nach rechts als vor einem Jahr. Ja, aber der Prozess ist noch nicht abgeschlossen. Warten wir ab, ob sie die Kraft hat, Björn Höcke auszuschließen.

Die EKD hat sich umfassend mit Rechtspopulismus und dem Wandel der Gesellschaft auseinander gesetzt. Kommt das Positionspapier Konsens und Konflikt nicht zu verständnisvoll daher?

Man muss das Papier im Prozess bewerten. Wir haben uns zunächst sehr klar abgegrenzt gegen jegliche Form von Menschenverachtung und Inanspruchnahme des Christentums für völkisches Denken. Das ist unsere bleibende Grundlage. Dieses Papier versucht nun zu erörtern, wie wir in der Gesellschaft damit umgehen, dass sich Menschen von rechtspopulistischen Positionen angesprochen fühlen. Letztlich kann es einer Demokratie auch nutzen, wenn Positionen, die bisher nur verdeckt am Stammtisch geäußert wurden, in die Öffentlichkeit kommen und man sich auch fundiert damit auseinander setzen muss.

Warum ist das so wichtig?

In einer Demokratie können wir nicht dauerhaft damit leben, dass sich Menschen gar nicht mehr vertreten fühlen. Es ist eine Gratwanderung einerseits, keinerlei Verständnis für menschenverachtende Positionen zu haben, aber andererseits Verständnis für Menschen, die keine andere Möglichkeit sehen als die, als Protestwähler aufzutreten. Wir sind neu aufgerufen, ganz grundsätzlich über zentrale Fragen wie Klimawandel, Europa und Globalisierung zu diskutieren. Dann wird auch deutlich werden, dass die Lösungsangebote der Rechtspopulisten keine Lösungen sind.

Aber das Problem ist doch auch, dass sich Menschen durch ihr Nichtwählen oder Protestwählen selber aus dem demokratischen Prozess ausgrenzen?

Genau und da sehen wir als Kirchen eine besondere Aufgabe, weil wir durch unsere Gemeindearbeit relativ nah an den Menschen dran sind. Wir können Gesprächsabende machen über die Folgen des Klimawandels oder die Frage, wie die Zukunft Europas aussehen kann.

Es geht auch darum, den Streit zu zulassen?

Ja, man muss nicht immer harmonisch auseinander gehen. Wir leben in einer Zeit, in der sehr unterschiedliche Werte vertreten werden. Dann sind es eben stärker kontroverse Diskussionen. Zum Beispiel nach der Chorprobe in der Gemeinde, wenn Themen beim gemütlichen Beisammensein dann plötzlich kontrovers diskutiert werden. Das Papier will Mut machen, den inhaltlichen Konflikt zu wagen, aber dabei den menschlichen Respekt nicht zu verlieren.

Da können solche Gemeindekreise vielleicht einen Beitrag leisten, denn das Schweigen geht ja bereits bis in die Familien hinein?

So ist es. Die EKD verspricht sich von der Debatte eine heilsame Wirkung für unsere angeschlagene Demokratie.

Sehen Sie das auch so?

Ich finde, da geht das Papier etwas zu weit. Es ist zu hoffnungsfroh, dass durch den Rechtspopulismus Heilungskräfte für die Demokratie lebendig werden. Es ist aber keineswegs so, dass die Rechtspopulisten immer von der Überzeugung getrieben sind, dass die Demokratie verbessert werden soll. Manche wollen die Demokratie auch untergraben. Das Papier ist mir etwas zu blauäugig.

Was werden Sie Montagabend in Köln sagen?[28]

Das Thema ist genau dieses: Konsens oder Konflikt? Ausgrenzen oder Ausdiskutieren? Ich werde von meinen Erfahrungen berichten und deutlich machen, dass die evangelische Kirche eindeutig hinter den allgemeinen Menschenrechten steht, dass die Menschenwürde unantastbar ist und dass diese Ethik entstanden ist aus den Erfahrungen der Nazi-Zeit und den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges. Ich sehe, dass es heute Kräfte gibt, die diese Allgemeingültigkeit der Menschenrechte unabhängig von Rasse, Religion und Kultur in unserem Land beschneiden und völkischem Denken unterordnen wollen. Da wird gesagt, Gerechtigkeit ja, aber zuerst Deutschland, zuerst unsere Leute. Es ist nichts dagegen zu sagen, dass ich meine Heimat und meine Kultur liebe, aber wenn ich anfange, bestimmte Gruppen auszugrenzen, wenn ich sage, Muslime gehören nicht zu unserem Land, Zuwanderer müssen draußen bleiben, dann bekommt alles eine Schlagseite, die nicht mit den Menschenrechten und den Werten unseres Grundgesetzes vereinbar ist.

28. Bezieht sich auf: Bischof Markus Dröge, Konsens und Konflikt – ausgrenzen oder ausdiskutieren? Ein Plädoyer für mehr Mut zur kontroversen Diskussion. Vortrag anlässlich des Jahresempfangs der Evangelischen Kirche in Köln, 4. Dezember 2017 (www.ekbo.de/fileadmin/ekbo/mandant/ekbo.de/1._WIR/06._Bischof/Grußworte_und_Vorträge/171204_Konsens_und_Konflikt-Vortrag_Jahresempfang_Köln.pdf).